

Sonderberichte zur Wahl in Baden-Württemberg



Wohl keine Wahl in diesem Jahr hat ein ähnliches Potential zur „Schicksalswahl“ zu werden, wie die Landtagswahl in Baden-Württemberg am kommenden Sonntag. Baden-Württemberg ist neben Bayern das einzige Bundesland, das seit den 50er-Jahren durchgängig eine von Konservativen geführte Landesregierung hatte. Für den kommenden Sonntag stehen nicht nur die Zeichen auf Wechsel, es könnte darüber hinaus sogar noch zum ersten grünen Ministerpräsidenten kommen. Doch selbst die Alternative eines SPD-Regierungschefs ist für Islamkritiker alles andere als rosig, da es sich bei deren Kandidat um einen bekennenden Türken-Lobbyist handelt.

(Von Thorsten M.)

PI wird in den nächsten Tagen in verschiedenen Einzelberichten über die Zumutungen dieser Wechsel-Perspektiven berichten. Die schwierige Gewissensentscheidung, ob man nun CDU-FDP wählt, oder durch islamkritische Alternativen und Wahlenthaltung letztendlich das linke Lager stärkt, können wir dabei niemandem abnehmen.

Nils Schmid droht mit Schulquoten für Migranten

Der Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl in Baden-Württemberg ist – [wie PI schon berichtete](#) – mit einer türkischen Studentin verheiratet. Entsprechend ist nachfolgender Satz zu den Landsleuten seiner Frau wenig überraschend: „Wir müssen dafür sorgen, dass kein einziges dieser jungen Talente verloren geht. Das ist die Aufgabe der

Sozialdemokratie.“

So blumig sich dieser Satz anhört, sind die Wege, die er dorthin beschreiten möchte, gleichwohl sehr klar absehbar. Da wäre zunächst einmal das „längere gemeinsame Lernen“, mit dem man die Muttersprachler zwingen möchte, am besten zwei weitere Jahre – sozusagen als „Hilfslehrer“ – ihre „soziale Kompetenz“ statt zuvorderst ihre eigenen schulischen Kenntnisse zu entwickeln. Da helfen auch alle Beschwichtigungen von der Einbindung der Verantwortlichen vor Ort in den Gemeinden nicht weiter. Das Ziel dieser Bildungsdoktrin ist die mindestens sechsjährige Grund- und Gesamtschule.

Darüber hinaus hat sich Dr. Schmid aber eine ganz besondere Arznei gegen die augenfällig biodeutschenlastige Gymnasial- und Hochschullandschaft einfallen lassen. Wie er gegenüber der SPD-nahen Türkenorganisation „SPD ve biz“ äußerte, möchte er „Zielwerte auf Selbstverpflichtungsbasis für Abschlüsse an definierten Schultypen und Hochschulen“ festlegen. D.h. im Klartext: Staatliches Wohlwollen gegenüber Bildungseinrichtungen und Lehrpersonal soll in Zukunft an die Bevorzugung von „migrationsbehinderten“ Schülern und Studenten gebunden werden.

Wie viele Jahre sich Baden-Württemberg mit solchen „Menschenexperimenten“ noch in der Bildungsspitzengruppe der Buntenrepublik halten kann, ist vermutlich an einer Hand auszurechnen. Der Stress, der auf normal-deutsche, berufstätige Eltern zukommen wird, wenn sie solchen schulischen Fehlentwicklungen auch noch zu Hause entgegen steuern wollen und müssen, dürfte beträchtlich sein.